

Westfalenblatt
vom
16.11.2018, S.
2

Betrugs-Mails: Kuper erstattet Anzeige

Rietberg (WB). Schock für NRW-Landtagspräsident André Kuper (CDU, 57) aus Rietberg: Unter dem Namen des ehemaligen Rietberger Bürgermeister und der Mailadresse andre.kuper@stadt-rietberg.de werden in seiner Heimatstadt Abzockmails mit fingierten Rechnungen verschickt. In dem Text geht es um eine Gerichtskostenrechnung, die für die Fortsetzung eines Verfahrens beglichen werden soll. Kuper machte den Vorgang auf seiner Facebookseite öffentlich. Er warnt davor, die angehängte Datei



André Kuper
zu öffnen: »Dies

ist möglicherweise eine Schadsoftware, die den Computer infiziert.« Auf den ersten Blick sei die Fälschung nicht erkennbar, zumal die Nachricht in fehlerfreiem Deutsch verfasst sei und einen seriösen Eindruck vermittele. Auch in weiteren gefälschten Mails werde dem Empfänger vorgegaukelt, er habe eine Nachricht von einem städtischen Mitarbeiter erhalten, warnt die Rietberger Stadtverwaltung. Noch sei unklar, wie die Adressen gekapert wurden und wer hinter den gefälschten E-Mails steckt.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung
vom 16.11.2018, S. 5

Grüne wollen Kohle-Aus fördern

Parteichefin Baerbock fordert 250 Millionen Euro jährlich für den Strukturwandel in den Revieren

Berlin. Die Grünen schlagen vor, den Strukturwandel in den Braunkohlerevieren Deutschlands mit Investitionen von jährlich mindestens 250 Millionen Euro zu fördern. Das geht aus einem Zehn-Punkte-Plan von Parteichefin Annalena Baerbock und Fraktionsvize Oliver Krischer hervor, der unserer Zeitung vorliegt. „Akteure aus der Region“ sollen die Entscheidungen treffen, wie das Geld verwendet wird. Die Grünen wollen so verhindern, dass die Finanzmittel direkt an die Energiekonzerne fließen.

Die Förderung soll ab 2019 auf die betroffenen Regionen Lausitz, Rheinisches, Mitteldeutsches und Helm-

stedter Revier aufgeteilt werden. Die Bundesregierung sieht Förderungen von 1,5 Milliarden Euro für vier Jahre vor. Die Grünen möchten hingegen den Strukturwandel über Jahrzehnte mit mindestens 250 Millionen Euro im Jahr unterstützen. Betriebsbedingte Kündigungen müssten verhindert werden, heißt es in dem Papier. Nicht mehr von den Stromkonzernen benötigte Flächen könnten in einen Grundstücksfonds für die nachhaltige Vermarktung von Gewerbeflächen übernommen werden. Die Kohlekommission tagt diese Woche in Berlin. Sie berät unter anderem über den Strukturwandel in den Braunkohlerevieren. ak